

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 5. Juli 2000

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aigner, Ilse (CDU/CSU)	51, 52	Kopp, Gudrun (F.D.P.)	42
Barthle, Norbert (CDU/CSU)	49, 50	Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	5
Börnßen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU) .	19, 20	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	35, 53
Dautzenberg, Leo (CDU/CSU)	15, 16	Kraus, Rudolf (CDU/CSU)	6, 7
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	33, 34	Dr. Krogmann, Martina (CDU/CSU)	31, 32
Dött, Marie-Luise (CDU/CSU)	54, 55	Lange, Christian (Backnang) (SPD)	39, 40
Ehlert, Heidemarie (PDS)	21, 22	Lenke, Ina (F.D.P.)	13, 14
Eichhorn, Maria (CDU/CSU)	1, 2	Lüth, Heidemarie (PDS)	43, 44
Falk, Ilse (CDU/CSU)	45, 46	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	36, 37
Fischer, Axel E. (Karlsruhe-Land)	29, 30	Niebel, Dirk (F.D.P.)	60
(CDU/CSU)		Parr, Detlef (F.D.P.)	3, 4
Girisch, Georg (CDU/CSU)	8, 9	Reichard, Christa (Dresden) (CDU/CSU) ...	47, 48
Dr. Grehn, Klaus (PDS)	17, 18	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	63, 64
Hasselfeldt, Gerda (CDU/CSU)	38	Scherhag, Karl-Heinz (CDU/CSU)	58, 59
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	56, 57	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	23, 24
Heinen, Ursula (CDU/CSU)	25	Siemann, Werner (CDU/CSU)	61, 62
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	10, 11	Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)	28
Hohmann, Martin (CDU/CSU)	12, 41		
Holetschek, Klaus (CDU/CSU)	26, 27		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordnete
**Maria
Eichhorn**
(CDU/CSU) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung für die weitere Entwicklung des Zivildienstes vor dem Hintergrund der Pläne zu einer Reform der Bundeswehr?

2. Abgeordnete
**Maria
Eichhorn**
(CDU/CSU) Wie viele Jugendliche, die ein Freiwilliges Soziales Jahr leisten wollten, mussten 1999 abgelehnt werden, weil nicht genügend Stellen vorhanden waren, und wie viele Bundesmittel wären nötig gewesen, um allen Freiwilligen einen Platz zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

3. Abgeordneter
**Detlef
Parr**
(F.D.P.) Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, dass die bisher sehr geringe Zahl medikamentöser Schwangerschaftsabbrüche mit Mifegyne® auf eine unsachgemäße Kostenregelung zurückzuführen ist und deshalb eine Wahlmöglichkeit zwischen medikamentösem und instrumentellem Schwangerschaftsabbruch in Wirklichkeit nicht besteht?

4. Abgeordneter
**Detlef
Parr**
(F.D.P.) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um eine dem Aufwand entsprechende Bewertung des medikamentösen Schwangerschaftsabbruchs sicherzustellen und dadurch die Anwendung einer vom Gesetzgeber zugelassenen Methode zu erleichtern?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

5. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.) Wie hoch schätzt die Bundesregierung zz. die Gesamtkosten für die Baumaßnahme Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und wie schlüsseln sich die Kosten auf?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

6. Abgeordneter
Rudolf Kraus
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Ablehnung eines Fernstraßensonderbauprogramms – Europäische Einheit – analog zum noch laufenden Programm – Deutsche Einheit –, wo doch gerade das Programm – Deutsche Einheit – einen allseits anerkannten Beitrag zum Zusammenwachsen der alten und der neuen Bundesländer geleistet hat?
7. Abgeordneter
Rudolf Kraus
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Bau der Autobahn A 6 zeitnah zu realisieren, und soll dies wesentlich schneller geschehen als in den jetzigen Finanzplanungen vorgesehen, wie dies Aussagen von Abgeordneten der Koalitionsfraktionen nahelegen?
8. Abgeordneter
Georg Girisch
(CDU/CSU)
- Gilt die Zusicherung, die Bundesregierung verfolge den Ausbau des Bundesautobahnnetzes insbesondere auch unter Berücksichtigung transeuropäischer Verbindungen, noch immer für die A 6, und würde die Bundesregierung im Falle eines raschen Abschlusses der Planfeststellung des Autobahnabschnittes Amberg/Ost–Pfreimd der A 6 bereit sein, zusätzliche Mittel – über den vorliegenden Investitionsplan 1999 bis 2002 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hinaus – einzuplanen?
9. Abgeordneter
Georg Girisch
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, den enormen Steigerungsraten im grenzüberschreitenden Schwerlastverkehr in der Region Oberpfalz, die bereits in den letzten Jahren teilweise zu einer Verdoppelung des Schwerverkehrsaufkommens geführt haben und die sich durch den bevorstehenden EU-Beitritt der Tschechischen Republik fortsetzen werden, dadurch Rechnung zu tragen, dass sie einen klaren, kürzeren Zeitkorridor für die Fertigstellung des Lückenschlusses der A 6 zwischen Amberg/Ost und Lohma bei ihrer Finanzplanung zu Grunde legt?
10. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Bis wann rechnet die Bundesregierung mit der Fertigstellung der A 6 von Amberg Süd nach Waidhaus als Lückenschluss der Autobahnverbindung zwischen Nürnberg und Pilsen?

- | | |
|--|---|
| 11. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, zum beschleunigten Ausbau dieser wichtigen europäischen Magistrale A 6 Sondermittel zur Verfügung zu stellen? |
| 12. Abgeordneter
Martin
Hohmann
(CDU/CSU) | Warum verhindert die Bundesregierung den Baubeginn des Autobahnabschnittes der A 66 zwischen Schlüchtern-Diestelrasen und Flieden-Schweben als Lückenschluss zwischen Gelnhausen und Fulda mit einem Sperrvermerk des Bundesministeriums der Finanzen, wenn das Bundeskabinett den Bau als hochprioritäre Maßnahme beschlossen hat, das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen ist, Ausschreibungsunterlagen für einen Brückenbau und eine Hangsicherung bereits erstellt und die erforderlichen Haushaltsmittel dem Bundesland Hessen für das Jahr 2000 zugewiesen sind? |
| 13. Abgeordnete
Ina
Lenke
(F.D.P.) | An welchen Autobahn-Raststättenanlagen sind dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVWB) u. a. durch Schriftwechsel, Fälle bekannt, in denen Anlieger von Zufahrtsstraßen über die Verkehrsbelastung klagen, die durch die den Vorschriften der § 18 Abs. 2 und § 10 Straßenverkehrsordnung widersprechende Nutzung von Versorgungszufahrten von Autobahnraststätten als Autobahnauf- und -abfahrten durch ortskundige Verkehrsteilnehmer entstehen? |
| 14. Abgeordnete
Ina
Lenke
(F.D.P.) | Was unternimmt das BMVWB, um die Belastung der Anwohner, beispielsweise der Raststätte Grundbergsee, zu verringern und die widerrechtliche Nutzung einzuschränken? |

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|---|---|
| 15. Abgeordneter
Leo
Dautzenberg
(CDU/CSU) | Was hat die Bundesregierung bewogen, den Staatspräsidenten des Iran, Mohammed Chatami, zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland einzuladen, obwohl seit Amtsantritt Chatamis Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierung von Frauen weiter stattfinden, und ist die Einladung zum jetzigen Zeitpunkt der Entwicklung der Menschenrechte im Iran dienlich? |
|---|---|

16. Abgeordneter
Leo Dautzenberg
(CDU/CSU)
- Sind die Vertreter der Bundesregierung bereit, sich bei den Gesprächen mit Präsident Mohammed Chamami für die Durchsetzung der Menschenrechte im Iran einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass auch jeder Dialog zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union mit der Islamischen Republik Iran von der Respektierung der grundlegenden Menschenrechte abhängig ist?
17. Abgeordneter
Dr. Klaus Grehn
(PDS)
- Wie vereinbart die Bundesregierung ihren Einsatz für Freundschaft und Zusammenarbeit mit Polen und dem polnischen Volk mit der über das Internet weltweiten Darstellung unseres östlichen Nachbarn durch das Auswärtige Amt als Land mit hohem Sicherheitsrisiko für Deutsche und Hort von Gewaltverbrechern, Diebstählen, Raubüberfällen und überhaupt einer hohen Kriminalität?
18. Abgeordneter
Dr. Klaus Grehn
(PDS)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass gerade Deutschland alles dafür tun muss, um Vorurteile gegenüber Polen und dem polnischen Volk in der deutschen Bevölkerung abzubauen statt sie zu schüren, und auch deshalb diese Internet-Seite sofort gelöscht und neu erarbeitet werden muss?
19. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Was alles hat die Bundesregierung für die Erleichterung der humanitären Transporte karitativer Organisationen und Privatinitiatoren von Deutschland nach Russland unternommen, nachdem der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Wolfgang Ischinger, dem Nordelbischen Kirchenamt in Kiel im Frühjahr dieses Jahres einen Abbau der Behinderungen in den Grenzabfertigungen durch Russland in Aussicht stellte, es aber tatsächlich in der Zwischenzeit zu mehr Reglementierungen gekommen ist, so dass oft nur auf dem Umweg von „Geschenksendungen“ Hilfsleistungen möglich sind?
20. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung Zeitungsberichte (siehe „Der Nordschleswiger“ vom 14. Juni 2000), nach denen die Arbeitsbelastung der deutschen Botschaft in Kopenhagen nach der Schließung des Generalkonsulats in Apenrade sprunghaft angestiegen ist, so dass neben den Sachbearbeitern „auch Fahrer, Gärtner und Sicherheitskräfte“ – sogar über die Dienstzeit hinaus – zur Bewältigung von Visum- und Passanträgen beitragen müssen, und welche Konse-

quenzen zieht die Bundesregierung aus dieser Situation, die nach Angaben des Botschafters als „schlimm“ bezeichnet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

- | | |
|--|---|
| 21. Abgeordnete
Heidmarie
Ehlert
(PDS) | Warum werden von der Bundesregierung die dringlichen Bitten der Justizministerin und der Justizminister der neuen Länder nach einem raschen Zusammentritt der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Verbesserung der Zahlungsmoral“ abgelehnt, obwohl diese Bitten von der 71. Konferenz der Justizministerinnen und -minister, die am 24. und 25. Mai 2000 stattfand, noch einmal ohne Gegenstimmen untermauert wurden? |
| 22. Abgeordnete
Heidmarie
Ehlert
(PDS) | Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die bereits jetzt als notwendig erkannten Änderungen bzw. Ergänzungen zum vorliegenden Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen einzubringen, und wann soll dies geschehen? |
| 23. Abgeordneter
Heinz
Schmitt
(Berg)
(SPD) | Wann ist mit einer Ratifizierung des Haager Adoptionsabkommens, das bisher von 23 Staaten gezeichnet wurde (u. a. von den USA, Frankreich, Schweiz, Brasilien, Uruguay), seitens der Bundesrepublik Deutschland zu rechnen, und wann kann mit dem Inkrafttreten gerechnet werden? |
| 24. Abgeordneter
Heinz
Schmitt
(Berg)
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung bis zum Inkrafttreten des Haager Übereinkommens über internationale Adoptionen eine Übergangsregelung für Adoptionsverfahren über Landesgrenzen hinweg, um mehr Rechtssicherheit für Adoptiveltern und Adoptivkinder zu erreichen, und wann ist mit einer solchen Übergangsregelung zu rechnen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

25. Abgeordnete
Ursula Heinen
(CDU/CSU)
- Welche Meinung vertritt die Bundesregierung zu den beiden Vorschlägen der Europäischen Kommission vom 7. Juni 2000 – Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 77/388/EWG bezüglich der mehrwertsteuerlichen Behandlung bestimmter elektronisch erbrachter Dienstleistungen und Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 218/92 des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der indirekten Besteuerung (MwSt), kurz Internet-Steuer genannt?
26. Abgeordneter
Klaus Holetschek
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für sinnvoll und durchführbar, wenn die Internet-Anbieter im Zusammenhang mit ihrer Veranlagung zur Umsatzsteuer zwischen Privat- und Geschäftskunden unterscheiden müssen, und wie sollen sie dies umsetzen?
27. Abgeordneter
Klaus Holetschek
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, den Umsatzsteuer-Normalsatz auch auf elektronisch verbreitete Bücher anzuwenden?
28. Abgeordnete
Annette Widmann-Mauz
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die im Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 77/388/EWG enthaltene Registrierungspflicht von Drittlandsunternehmen für kontrollierbar?
29. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(Karlsruhe-Land)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die unterschiedliche Behandlung im Stromhandel zwischen Online- und stationärem Handel?
30. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(Karlsruhe-Land)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Durchsetzung einer nationalen Umsatzbesteuerung für elektronische Dienstleistungen im Internet für durchführbar?

- | | |
|---|--|
| 31. Abgeordnete
Dr. Martina Krogmann
(CDU/CSU) | Was hält die Bundesregierung von dem in den USA praktizierten Vorgehen, elektronisch erbrachte Dienstleistungen für einen Übergangszeitraum nicht zu besteuern, um die Expansion des IT-Sektors nicht zu gefährden? |
| 32. Abgeordnete
Dr. Martina Krogmann
(CDU/CSU) | Welche Ansatzpunkte sieht die Bundesregierung für eine multi- bzw. bilaterale Regelung der Besteuerung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs im Internet? |
| 33. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung die existenzgefährdende Mehrbelastung der ostdeutschen Bundesunternehmen zur Sanierung der Braunkohle- und Wismutbergbauschäden durch die drastisch gestiegenen Dieselmotortreibstoffpreise bekannt? |
| 34. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU) | Wenn ja, plant die Bundesregierung gegebenenfalls Vertragsanpassungen mit den Sanierungsgesellschaften bzw. was unternimmt sie sonst, um die Wirtschaftskraft und die Arbeitsplätze dieser Bundesunternehmen in den strukturell benachteiligten Bergbaurevieren Ostdeutschlands zu erhalten? |
| 35. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) | Welche Gespräche haben bisher zwischen der Bundesregierung und den Kirchen über Möglichkeiten der Kompensation für die Einbußen beim Kirchensteueraufkommen durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002, durch die Änderungen der Besteuerung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und durch künftige Änderungen wie der Neuregelung der Unternehmensbesteuerung stattgefunden, und zu welchen Ergebnissen führten diese Gespräche? |
| 36. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU) | Wie soll die Umsetzung des Ergebnisses des Europäischen Rates in Feira bei der Zinsbesteuerung allgemein und konkret in Deutschland erfolgen, und glaubt die Bundesregierung, dass das deutsche Bankgeheimnis nach § 30a Abgabenordnung dazu für die deutschen Steuerzahler abgeschafft wird? |

37. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)
- Bedarf die Einführung einer Agentur (GmbH) für das Schuldenmanagement eines eigenen Gesetzentwurfs, und welche bestehenden Gesetze, wie z. B. das Bundesbankgesetz, müssen hierfür geändert werden?
38. Abgeordnete
**Gerda
Hasselfeldt**
(CDU/CSU)
- Wie wird sich die von der Bundesregierung geplante Auslagerung von Teilen des im Bundesministerium der Finanzen ressortierenden Schuldenmanagements auf den Stellenplan dieses Hauses auswirken?
39. Abgeordneter
**Christian
Lange**
(Backnang)
(SPD)
- Hat sich die seit dem 1. Januar 2000 geltende Regelung des § 12a Abs. 4 Finanzverwaltungsgesetz (FVG), die die Weitergabe von im Rahmen von Überwachungsmaßnahmen des grenzüberschreitenden Bargeldverkehrs (Zollkontrollen) gefundenen Unterlagen (z. B. Schweizer Wertpapierdepot-Auszüge) an die zuständige Steuerfahndung/Finanzämter ermöglicht, bewährt, und wie hoch beziffert die Bundesregierung in DM den durch diese „Schwarzgeldkonten“ nacherhobenen Mehrwert an Steuereinnahmen?
40. Abgeordneter
**Christian
Lange**
(Backnang)
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die gesetzliche Regelung des § 12a Abs. 4 Satz 3 FVG durch restriktive Auslegung dahingehend einzuschränken, dass z. B. Kontrollmitteilungen mit Übersendung entsprechender Unterlagen zwischen Zollverwaltung und Finanzämtern erheblich eingeschränkt werden, da sich in letzter Zeit Beschwerden über Bargeldkontrollen im Bereich von Drittlandsgrenzen, insbesondere durch Einsichtnahme in persönliche Unterlagen wie Notizbücher und Kontounterlagen gehäuft hätten, oder wird im Vorgriff auf einen durch das Bundesministerium der Finanzen angekündigten Erlass bereits heute auf Weisung restriktiv verfahren?
41. Abgeordneter
**Martin
Hohmann**
(CDU/CSU)
- Wie groß wird voraussichtlich die Zahl der jüdischen und die der nichtjüdischen Opfer sein, die im Zuge des jetzt geplanten Zwangsarbeiterfonds erstmals Entschädigungsleistungen erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

42. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.)
- Welchen Inhaltes soll die Liberalisierung des Rabattgesetzes und der Zugabeverordnung sein und wann wird die angekündigte Reform vorliegen?
43. Abgeordnete
Heidmarie Lüth
(PDS)
- In welcher Höhe und mit welchen Auflagen hat die Bundesregierung Fördermittel an die zur Südzucker AG gehörenden Zuckerfabriken in Sachsen (Delitzsch und Löbau) vergeben, um u. a. langfristig Arbeitsplätze zu sichern?
44. Abgeordnete
Heidmarie Lüth
(PDS)
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der Entscheidung des Aufsichtsrates der marktführenden Südzucker AG zu ergreifen, um die angekündigte Schließung der Zuckerfabriken in Delitzsch und Löbau bis zum Jahr 2001 abzuwenden und die Standorte in einer Region mit über 20 % Arbeitslosigkeit zu erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

45. Abgeordnete
Ilse Falk
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem 27. Feuerwehrtag geäußerte Auffassung, dass „der Staat in unserer komplexen Welt den Bürgern einen möglichst großen Raum zur Eigenverantwortung verschaffen soll“?
46. Abgeordnete
Ilse Falk
(CDU/CSU)
- Durch welche konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung die Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger in Zukunft stärker zu ermöglichen und von staatlicher Bevormundung zu befreien?

- | | |
|--|--|
| 47. Abgeordnete
Christa Reichard
(Dresden)
(CDU/CSU) | Was plant die Bundesregierung, um das ehrenamtliche Engagement in den neuen Bundesländern noch stärker zu fördern? |
| 48. Abgeordnete
Christa Reichard
(Dresden)
(CDU/CSU) | Was plant die Bundesregierung, um den im Ehrenamt Tätigen in Zukunft höhere Anerkennung zukommen zu lassen? |
| 49. Abgeordneter
Norbert Barthle
(CDU/CSU) | Was versteht die Bundesregierung unter den von Bundeskanzler Gerhard Schröder verwendeten Begriffen des ehrenamtlichen Engagements, der Zivilgesellschaft, des zivilen Engagements und der zivilen Bürgergesellschaft? |
| 50. Abgeordneter
Norbert Barthle
(CDU/CSU) | Widerspricht die Bundesregierung der Auffassung, dass die Tätigkeit in der Freiwilligen Feuerwehr generell als ehrenamtlich zu bezeichnen ist, und wie begründet sie ihre Auffassung? |
| 51. Abgeordnete
Ilse Aigner
(CDU/CSU) | Wie beabsichtigt die Bundesregierung die von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem 27. Feuerwehrtag eingeräumten Ungereimtheiten im Steuer- und Sozialrecht sowie der Auslegungspraxis der Sozialversicherungsträger bei geringfügigen Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten zu beseitigen? |
| 52. Abgeordnete
Ilse Aigner
(CDU/CSU) | Plant die Bundesregierung, für ehrenamtlich Tätige einen Steuerfreibetrag einzuführen? |
| 53. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) | Wann und auf welche Weise will die Bundesregierung die von Bundeskanzler Gerhard Schröder beim 27. Deutschen Feuerwehrtag am 24. Juni 2000 in Augsburg angekündigte „grundsätzliche Lösung“ herbeiführen, um „Ungereimtheiten“ der Sozialversicherungspflicht von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten, z. B. bei den Feuerwehren, zu beseitigen? |

- | | |
|---|--|
| 54. Abgeordnete
Marie-Luise
Dött
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen oder beabsichtigt sie in dieser Legislaturperiode zu ergreifen, um ehrenamtliche Tätigkeit zur Berechnung von Rentenleistungen heranzuziehen? |
| 55. Abgeordnete
Marie-Luise
Dött
(CDU/CSU) | Was plant die Bundesregierung, um für Ehrenamtliche, die mit ihrer Tätigkeit auch stets ein Risiko eingehen, in Zukunft einen angemessenen Versicherungsschutz zu gewährleisten? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|---|---|
| 56. Abgeordneter
Helmut
Heiderich
(CDU/CSU) | In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung die Reduzierung der Ausbildung von Grundwehrdienstleistenden – durch die Verkürzung der Wehrpflicht und die geringere Anzahl der Einberufungen – auf die einzelnen Standorte, welche jetzt ausbilden, zu verteilen? |
| 57. Abgeordneter
Helmut
Heiderich
(CDU/CSU) | Wird die Absicht der Bundesregierung, die Anzahl der Panzer und damit der gepanzerten Truppen um ca. ein Drittel zu reduzieren, zum prozentual gleichgewichtigen Abzug von Material und Personal aus allen betroffenen Standorten führen? |
| 58. Abgeordneter
Karl-Heinz
Scherhag
(CDU/CSU) | Welche Auswirkungen haben die geplanten Reduzierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen im Bereich der zivilen Beschäftigungsstrukturen der Bundeswehr auf die Anzahl der Beschäftigten beim Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung? |
| 59. Abgeordneter
Karl-Heinz
Scherhag
(CDU/CSU) | Welche Folgen hat die geplante personelle und strukturelle Neuorganisation der Heeresunterstützungskommandos für die Bundeswehrstandorte in Rheinland-Pfalz und insbesondere für den Standort Koblenz? |

- | | |
|--|---|
| 60. Abgeordneter
Dirk
Niebel
(F.D.P.) | Welche Wehrbereichsverwaltungen werden im Rahmen der Neustrukturierung der Streitkräfte in Baden-Württemberg aufgelöst und in welchem Unterstellungsverhältnis sollen die für die Versorgung der Wehrbereiche IV, V, VI und VII in Stuttgart zusammengefassten Aufgaben verbleiben? |
| 61. Abgeordneter
Werner
Siemann
(CDU/CSU) | An welchen Standorten sollen Frauen im Rahmen der umfassenden Öffnung aller militärischen Laufbahnen zum Januar bzw. Juli 2001 eingestellt werden, und wie werden die oftmals im Umgang mit weiblichen Soldaten unerfahrenen militärischen sowie zivilen Angehörigen der Bundeswehr darauf vorbereitet? |
| 62. Abgeordneter
Werner
Siemann
(CDU/CSU) | Welche finanziellen Auswirkungen hinsichtlich der Versorgung mit passender Bekleidung sowie der baulichen und organisatorischen Trennung von Wasch-, Dusch-, WC-, Umkleide- und Ruheräumen hat die umfassende Öffnung der Bundeswehr für Frauen? |
| 63. Abgeordneter
Dr. Klaus
Rose
(CDU/CSU) | Denkt die Bundesregierung im Rahmen der Reform der Bundeswehr auch an eine Reduzierung der Zahl der Kreiswehrrersatzämter und kann sie eine Bestandsgarantie für die Kreiswehrrersatzämter in Niederbayern und in der Oberpfalz geben? |
| 64. Abgeordneter
Dr. Klaus
Rose
(CDU/CSU) | Falls ja, für welchen Zeitraum und für welche Größenordnung? |

